

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem es für viele Polizisten im Schichtdienst schwierig ist, sich zwischen den Schichten oder vor der Heimfahrt nach Schichten wegen fehlender Ruheräume angemessen erholen zu können, frage ich die Staatsregierung, warum sorgt sie nicht dafür, dass bei den Polizeidienststellen ausreichend Ruheräume zur Verfügung stehen, wie viele zusätzliche Stellen wären bei der Polizei in Bayern zur Umsetzung der EU-Vorgaben, den Schichtdienst betreffend, nötig, und sieht die Staatsregierung die Möglichkeit, trotz EU-Vorgaben, den Schichtdienst betreffend, mit landesspezifischen Ausnahmen den Wunsch vor allem der Pendler bei der Polizei nach Beibehaltung jetziger Schichtmodelle gerecht zu werden?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem die Stadt Kulmbach in der vergangenen Woche bei den vom Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat veranlassten Behördenverlagerungen mit insgesamt nur 35 Stellen bedacht wurde, frage ich die Staatsregierung, ob in den nächsten ein bis zwei Jahren zusätzliche Arbeitsplätze von staatlichen Stellen nach Kulmbach verlagert werden bzw. ob eine Verlagerung zumindest in Aussicht steht?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Nachdem das bedeutende Kulturerbe Bayerns zu erhalten und zu stärken ist und in den nächsten Jahren zahlreiche Museen, Kultureinrichtungen usw. saniert bzw. neugebaut werden müssen, frage ich die Staatsregierung, ob bei den anstehenden bzw. bereits laufenden Maßnahmen (Deutsches Museum München ohne Gesamtkonzept Museumsinsel ca. 400 Mio. Euro, Museum Mensch und Natur München ca. 80 Mio. Euro, Haus der Kunst München ca. 60 Mio. Euro, Neuer Konzertsaal München ca. 300 Mio. Euro, Haus der Bayerischen Geschichte Regensburg ca. 200 Mio. Euro sowie zusätzlich andere Vorhaben in Altbayern) der verfassungsgemäße Auftrag erfüllt wird, nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern herzustellen, wenn keine vergleichbaren Projekte und kein auch nur annähernd hohes Fördervolumen für Nordbayern vorgesehen sind?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen (interkommunale Räume) aus Oberfranken haben sich mit welchem Konzept um EFRE-Mittel, Förderbereich 5, integrierte räumliche Entwicklungsmaßnahmen (IRE) 2014 -2020 beworben, und wann fällt die Entscheidung, welche Bewerbungen mit diesen EU-Fördermitteln tatsächlich gefördert bzw. realisiert werden?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtlichen Konsequenzen eine Verbringung von Bauschutt von einem Abrissort haben kann, ohne dass die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes – Pflicht zur Sortierung, Minimierungsgebot, Vermischungs- und Verdünnungsverbot, Verpflichtung zum Recycling etc. – eingehalten werden, welche rechtlichen Voraussetzungen bei der Verbringung von Bauschutt vom Entstehungsort an einen anderen Orten vorliegen müssen, und welche rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit der Bauschutt an einem anderen Ort als dem Entstehungsort sortiert werden darf, insbesondere wenn der Verdacht besteht, dass dieser Bauschutt Problemstoffe oder gefährlichen Abfall enthält?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die fachliche Arbeit der Fachberatungsstelle JADWIGA ein, die sich für die Rechte der Opfer von Frauenhandel einsetzt, insbesondere in Hinblick auf die Hilfen für die Betroffenen in Krisensituationen bei Besuchen von Behörden und Ämtern, in sozialen, medizinischen sowie rechtlichen Fragen, bei Aufenthaltsproblemen, bei der Rückkehr ins Heimatland und in Bezug auf die Hilfe für Zeuginnen in Strafprozessen?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz BayLTGeschO):

Ich frage die Staatsregierung:

1. Welche Verträge und Vereinbarungen hat der Freistaat Bayern hinsichtlich der Errichtung des Museums Brandhorst, des Museumsbetriebs und -unterhalts, seiner Sammlung und der Zusammenarbeit und Kooperation mit den Staatsgemäldesammlungen mit wem abgeschlossen?
2. Wann wurden sie unterzeichnet?
3. Wie ist ihr Wortlaut?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz 2 BayLTGeschO):

Auch nach der Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage vom 23. Oktober 2014 betreffend „Museum Brandhorst“ auf Drs. 17/4611 hat die Staatsregierung nicht hinreichend dargelegt, ob sich die in Deutschland unter den größeren Museen wohl singuläre Konstruktion eines Museums, das als staatliche Einrichtung betrieben wird, der Staat aber bei der Berufung der Leitung und der Bestimmung der Aktivitäten kein Mitspracherecht hat, bewährt hat. Deshalb frage ich die Staatsregierung:

1. Wer ist Mitglied in den Organen der Udo und Anette Brandhorst Stiftung?
 - 1.1 Wer entscheidet über die Mitgliedschaft?

2. Was geschieht mit dem Stiftungsvermögen und der Sammlung nach dem Tod von Udo Brandhorst?
 - 2.1 Ist ausgeschlossen, dass die Erben von Udo Brandhorst nach seinem Tod Ansprüche auf das Stiftungsvermögen und die Sammlung geltend machen können?
3. Wird die Stiftung nach dem Tod von Udo Brandhorst weiterbestehen?
 - 3.1 Wird der Freistaat Bayern in diesem Fall in den Stiftungsgremien vertreten sein?
 - 3.2 Ist geregelt, auf wie viele Jahre nach dem Tod von Udo Brandhorst die Leitung weiterhin von der Stiftung bestimmt wird?
4. Können Kunstwerke tatsächlich nur „zum Zwecke des Austauschs von Sammlungsobjekten“ verkauft werden, wie es in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage behauptet wird, oder auch ohne neue zu erwerben?
 - 4.1 Wie viele Kunstobjekte wurden seit Eröffnung des Museums verkauft?
 - 4.2 Wurden dabei aus der öffentlichen Präsentation in einem staatlichen Museum resultierende Wertzuwächse realisiert?
 - 4.3 Werden im Museum auch Kunstwerke aus Privatbesitz, etwa von Udo Brandhorst oder anderer Sammler gezeigt?
 - 4.4 Wer entscheidet über Auswahl und Hängung der gezeigten Kunstwerke?
5. Wie viele Kunstobjekte wurden bisher dem Freistaat Bayern übereignet?
 - 5.1 Was war jeweils die Gegenleistung des Freistaats Bayern?
6. Was sind die Inhalte der Kooperationsvereinbarung aus dem Jahr 2007?
 - 6.1 Wie viele der für die Sammlung Brandhorst tätigen Personen sind Mitarbeiter der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen?
 - 6.2 Welche Rechte hat der Direktor der Sammlung ihnen gegenüber?
 - 6.3 Wie viele Mitarbeiter beschäftigt die Udo und Anette Brandhorst Stiftung?
 - 6.4 Wie sind die Zuständigkeiten der Mitarbeiter der Staatsgemäldesammlungen und die der Stiftung geregelt?
7. Welche künstlerischen und wissenschaftlichen Projekte, deren Förderung die Satzung der Stiftung vorsieht, wurden bisher realisiert?
 - 7.1 Wurden sie jeweils mit den Staatsgemäldesammlungen abgestimmt?
 - 7.2 Wurden die Projekte ausschließlich von Stiftungsmitarbeitern durchgeführt?
8. Wird die Projektarbeit der Stiftung in Rechnung gestellt, falls sie von Mitarbeitern der Staatsgemäldesammlungen geleistet wird?
 - 8.1 Muss die Stiftung für Leistungen der zentralen Einrichtungen bzw. der Staatsgemäldesammlungen bezahlen?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem die Staatsregierung in der Antwort auf meine Anfrage zum Plenum (Drs. 17/ 5308) zum weiteren Vorgehen in Sachen „Mein Kampf“ vom 11. Februar 2015 berichtet hat, dass das

Thema Gegenstand der 85. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 25. und 26. Juni 2014 war und auch der Arbeitstagung der Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte am 20. und 21. November 2014, frage ich die Staatsregierung, welche Beschlüsse dabei hinsichtlich von kommentierten Ausgaben gefasst wurden, welche Kriterien kommentierte Ausgaben erfüllen müssen, dass sie zivil- und strafrechtlich unbeanstandet bleiben, und wie im Wortlaut die Protokolle und Beschlüsse der Arbeitstagung der Generalstaatsanwaltschaften lauten?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bereiche (z.B. erprobte Möglichkeiten zur Einbindung der Bürger vor Ort, bewährte Lösungsansätze und Herangehensweise bzw. neue Vorschläge) wurden in den einzelnen Modellkommunen jeweils erarbeitet (bitte einzeln auflisten), wie soll dann die Zielsetzung der Staatsregierung „Städte und Gemeinden sollen zukünftig so gestaltet sein, dass alle Bürger, seien es Eltern mit Kleinkindern oder ältere Mitbürger mit dem Rollator, selbstbestimmt alltägliche Bedürfnisse erfüllen können“ konkret umgesetzt werden und in welcher Form wird der Leitfaden vorgelegt (bitte auch den genauen Zeitpunkt angeben)?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld hat der Freistaat Bayern seit der Kündigung der Steigenberger-Gruppe in das ehemalige Steigenberger-Hotel im Staatsbad Bad Kissingen seit dessen Schließung für Planungen zur Wiederbelebung (z.B. Ausschreibungen) bzw. Sanierung und Abriss (z.B. Abrisskosten) bis heute investiert (bitte die Ergebnisse angeben) und wie hoch lässt sich der finanzielle Aufwand des Freistaats beziffern, um den Pachtvertrag mit der Steigenberger-Gruppe vorzeitig aufzulösen und das Hotel schließen zu können und wann ist nunmehr mit einem konkreten Ergebnis der Ausschreibung und somit auch zum weiteren Vorgehen seitens des Freistaates Bayern zu rechnen?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurden die angekündigten Mittel für das Staatliche Bauamt Kempten gekürzt, welche Vorhaben können aufgrund der Kürzung im Allgäu nicht durchgeführt werden und wann ist mit deren Umsetzung frühestens zu rechnen?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche strafrechtlichen Ermittlungen und Disziplinarverfahren laufen derzeit gegen den Landgerichtsarzt beim Landgericht Ingolstadt, Dr. Hubert Haderthauer, mit welcher Begründung ist dieser trotz der vorgenannten Verfahren bislang nicht vom Dienst suspendiert worden und wie bewertet die Staatsregierung den Umstand, dass Dr. Hubert Haderthauer auch in solchen Gerichtsverfahren als Arzt aussagt, in denen die Angeklagten vom selben Strafverteidiger vertreten werden, der seinerseits gegen Dr. Hubert Haderthauer Strafanzeige im Namen des Psychatrieinsassen Roland S. gestellt hat?

Eva Gottstein

Ich frage die Staatsregierung, wie oft wurde seit Einführung des neuen Dienstrechtes Staatsbeamten der 3. Qualifikationsebene an

- (FREIE WÄHLER) Landratsämtern das Eignungsmerkmal für eine modulare Qualifikation zuerkannt, wie oft wurde dieses Eignungsmerkmal von Landratsämtern für ihre Beschäftigten vorgeschlagen und dann von der Regierung abgelehnt bzw. tatsächlich zuerkannt und wie oft wurde Beschäftigten der Regierung dieses Eignungsmerkmal zuerkannt?
- Martin Güll**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Altersstruktur hatten die 6.031 Lehrkräfte, die an Bayerns Schulen zum Stichtag 20. Oktober 2013 einen befristeten Arbeitsvertrag hatten und wie war das Verhältnis von Männern und Frauen (bitte nach Schularten getrennt angeben)?
- Volkmar Halbleib**
(SPD) Da im aktuellen Geheft des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zur Heimatstrategie auf Seite 2 zu lesen ist, „Die Südbayern-Offensive enthält insgesamt 44 Projekte, die regional wie folgt verteilt sind: Oberbayern kann in Ettal, Altötting, Mühldorf, Rosenheim, Neuburg a. d. Donau, Ingolstadt, Freising, Holzkirchen, Garching, Bayrischzell /Oberaudorf, Berchtesgaden, Schönau/Berchtesgaden, München, Ottonbrunn/Taufkirchen, Wolfratshausen, Schwaben in Kaufbeuren, Augsburg, Kempten, Neu-Ulm, Lindau, Ober- und Unterjoch, Balderschwang und Niederbayern in Kelheim, Straubing, Degendorf, Landshut, Metten, Pfarrkirchen, Passau und Grafenau profitieren, insgesamt wird Südbayern dadurch mit rund 650 Mio. Euro bis 2018 gefördert.“, frage ich die Staatsregierung, um welche Projekte handelt es sich jeweils in den genannten Gemeinden, in welcher Höhe sind Mittel je Projekt vorgesehen und wie sieht der Zeitplan für jedes der 44 Projekte aus?
- Ludwig Hartmann**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage beruht der Ende März 2016 auslaufende Vertrag zwischen E.ON (und anderen Kraftwerkseignern) und der Bundesnetzagentur den Betrieb des Kraftwerks Irsching betreffend und hat die Staatsregierung Kenntnis vom Inhalt dieses Vertrags?
- Johann Häusler**
(FREIE WÄHLER) Nachdem die Schäden durch Biber deutlich zunehmen, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie zur Bestandsregulierung der Biber zu ergreifen plant, wie sie den Vorschlag bewertet, die Biberbejagung vergleichbar mit der Regelung beim Kormoran durch Allgemeinverfügung zu regeln und wie beurteilt die Staatsregierung eine mögliche Aufnahme des Bibers ins das Bundesjagdgesetz ohne Schadensersatzpflicht?
- Erwin Huber**
(CSU) Ich frage die Staatsregierung, ist es möglich, den Umbau des alten Schulhauses in Wendelskirchen, Gemeinde Loiching, Landkreis Dingolfing-Landau, in eine Tagespflegeeinrichtung finanziell zu fördern und was sind ggf. die Voraussetzung für eine Zuwendung des Freistaates Bayern oder einer anderen Institution?
- Christine Kamm**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen 2014 und 2015 innerhalb der Ausreisefrist im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden, der Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) und im Zuständigkeitsbereich der Landes- und Bundespolizei innerhalb

der Ausreisefrist abgeschoben wurden und wie viele Personen 2014 und 2015 abgeschoben wurden, obwohl sie bereits ihre Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise erklärt haben, wo doch in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz vom 26. Oktober 2009 festgehalten ist, dass die freiwillige Ausreise im Rahmen der Ausreisefrist Vorrang vor der Abschiebung hat?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufgaben der Landesplanungsbeirat hat, ob er bei den strukturpolitischen Maßnahmen, wie z.B. bei dem Nordbayernplan, der Südbayerninitiative und der Behördenverlagerung, eingebunden worden ist und wenn nein, warum auf die Fachkenntnis dieses Gremiums verzichtet wurde?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien wählen die kommunalen Krankenhäuser aus, welche Patientinnen und Patienten bei ihrer Erstaufnahme auf Klinikkeime untersucht werden, wie viele Patientinnen und Patienten sind Träger dieser Keime (absolut und prozentual) und welche Berufsgruppen zeigen eine besondere Auffälligkeit (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken)?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der aktuelle Stand der statistischen Untersuchungen zur zukünftigen Gebietskulisse der Mietpreisbremse, wann werden diese Untersuchungen abgeschlossen sein, und welche Gebiete sind nach derzeitigem Stand für die Mietpreisbegrenzung avisiert?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem der Oberbürgermeister der Stadt Weiden in der Oberpfalz entgegen des bestehenden Stadtratsbeschlusses und unter Berufung auf eine Empfehlung der Regierung der Oberpfalz und des Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz aus dem Jahr 2009 erlassen hat, dass für Sitzungen des Stadtrates, der Ausschüsse und der Beiräte künftig für den nichtöffentlichen Teil die Tagesordnungen ohne Sachstandsbericht und Beschlussvorschlag versandt werden, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage ein solches Vorgehen basiert, zumal dies der gängigen Praxis in vielen bayerischen Städten widerspricht, wie sich ein derartiges Vorgehen im Hinblick auf die in Art. 20 der Gemeindeordnung festgelegten Sorgfalt- und Verschwiegenheitspflicht begründen lässt und wie eine vernünftige und gewissenhafte Ratsarbeit gewährleistet werden soll, wenn Rätinnen und Räten die notwendigen Informationen und Entscheidungsvorlagen zur Vorbereitung nicht zur Verfügung stehen bzw. nur für die Dauer der Sitzung ausgehändigt werden?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem am 4. März 2015 in der Presse zu lesen war, dass Ergolding einen Bahnhof mit Haltepunkt an der Strecke Plattling-Landshut bekomme, frage ich die Staatsregierung, ob in absehbarer Zeit mit weiteren Haltestellen im Raum Landshut zu rechnen ist, wie sich ein Bahnhaltepunkt Ergolding auf die Überlegungen des Landkreises Landshut, in der Gemeinde Essenbach weitere Haltepunkte zu realisieren, auswirkt und wann mit dem Umbau und der Modernisierung des Landshuter Hauptbahnhofs begonnen wird?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem die Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, am 2. März 2015 mitgeteilt hat, dass im Rahmen der Regionalförderung im Jahr 2014 196 Mio. für bayerische Unternehmen zur Verfügung gestellt wurden, frage ich die Staatsregierung, welche Förderprogramme zählt sie diesbezüglich zur Regionalförderung, wie hoch sind bei diesen Programmen jeweils relativ und absolut die Förderanteile von EU, Bund und Freistaat Bayern und auf welche Haushaltstitel teilen sich die genannten 196 Mio. Euro, jeweils unter Angabe der genauen Höhe, auf?

Verena Osgyan
(GRU)

Da die Staatsregierung in ihrer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage am 23. Mai 2014 bestätigte, dass in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf eine ärztliche Versorgungsstelle eingerichtet werden solle, frage ich die Staatsregierung, welcher Standort für das Zentrum inzwischen ausgewählt wurde, wann die Arbeiten zur Errichtung des Zentrums beginnen werden und wann mit der Inbetriebnahme des Zentrums gerechnet werden kann?

Kathi Petersen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der 6.031 Lehrkräfte, die zum 20. Oktober 2013 einen befristeten Arbeitsvertrag hatten, waren bereits zu den Stichtagen 20. Oktober 2012 und 20. Oktober 2011 beschäftigt und wann endete das Arbeitsverhältnis dieser Lehrkräfte jeweils (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personal- und Mittelbauvertretungen waren für den Bericht des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 4. September 2014 über die personalvertretungsrechtliche Stellung des vom Anwendungsbereich des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes erfassten Personenkreises einbezogen, um das unter Punkt 3 aufgeführte Meinungsbild zur möglichen Ausweitung des Personalvertretungsrechts auf wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Weiterbildungsaufgaben bzw. auf Klinikärztinnen und -ärzte zu erheben?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

Nachdem es geplant ist, die DIN 4040-100, die den Einbau von Fettabscheidern in Gastronomie- und Metzgerbetrieben regelt, so anzupassen, dass Fettabscheider künftig als explosionsicher eingestuft werden müssen, frage ich die Staatsregierung, wie oft in Bayern es in den vergangenen zehn Jahren zu Fällen gekommen ist, in denen diese sogenannten Fettabscheider „explodiert“ sind, wie die Staatsregierung die Aussage des technischen Ausschusses der Berufsfeuerwehr bewertet, der die bisherigen Anforderungen der DIN 4040-100 als ausreichend einstuft und ob die Staatsregierung diese Verschärfung der DIN-Norm unterstützt?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist der bayerische Bildungs- und Erziehungsplan im Rahmen der Erzieherausbildung an allen Fachakademien für Sozialpädagogik fester Bestandteil der Rahmencurricula, mit wie vielen Stunden wird er gelehrt, und wie erfolgte die jeweilige Implementierung der Inhalte?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet der vollständige und lückenlose Wortlaut (inklusive Fußnoten und Anhängen) der jüngsten Studie im Auftrag der Staatsregierung zur Auslastung der Münchner Konzertsäle im Zusammenhang eines möglichen zusätzlichen neuen Konzertsaals in der Landeshauptstadt, wie könnte die Erstbelegung durch die Orchester im vorgesehenen „Stagione“-Konzept der geplanten „Zwillingslösung“ des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst erfolgen, wie hoch schätzt die Staatsregierung die jährlichen Umzugskosten der Klangkörper im „Stagione“-Konzept?

Georg Rosenthal
(SPD)

Angesichts der rasch wachsenden Zahl an Flüchtlingen, die mit Kindern in Bayern ankommen, sowie an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen frage ich die Staatsregierung, wie viele Lehrerinnen und Lehrer in den Übergangsklassen für Flüchtlinge in Unterfranken, speziell in Würzburg und dem Landkreis Main-Spessart, im Einsatz sind, inwiefern diese Lehrerinnen und Lehrer mit unbefristeten Verträgen ausgestattet sind und ob die eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer eine geeignete Zusatzausbildung mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) besitzen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Im Zusammenhang mit dem durch Gesetz vom 8. Juli 2013 (GVBl S. 403) in das Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG) eingefügten Art. 30, wonach die Gemeinden durch Verordnung auf bestimmten öffentlichen Flächen (außerhalb von Gebäuden und genehmigten Freischankflächen), wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass dort auf Grund übermäßigen Alkoholkonsums regelmäßig Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung oder Straftaten begangen werden, den Verzehr alkoholischer Getränke in der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr und das Mitführen alkoholischer Getränke an den in der Verordnung bezeichneten Orten, wenn die Getränke den Umständen nach zum dortigen Verzehr bestimmt sind, verbieten können, frage ich die Staatsregierung, wie viele Gemeinden und welche haben seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August 2013 von der Verordnungsermächtigung nach Art. 30 Abs. 1 Satz 1 LStVG Gebrauch gemacht und liegen der Staatsregierung Erkenntnisse vor, dass alkoholbedingte Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung oder Straftaten in diesen Gemeinden rückläufig sind?

Franz Schindler
(SPD)

Nachdem im Zuge der sog. Heimatstrategie ein Teil des Grundbuchamtes München mit 20 Beschäftigten nach Oberviechtach, das Landesjugendamt Nord mit 20 Beschäftigten nach Schwandorf verlagert und in Nabburg in dem sog. BayernLab Arbeitsstellen für fünf Beschäftigte geschaffen werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie die entsprechenden Stellen eingruppiert sein werden, bis wann konkret mit der Verlagerung bzw. Neuschaffung der Stellen in Oberviechtach, Schwandorf und Nabburg gerechnet werden kann und wie viele Stellen in bayerischen Behörden und Gerichten im Landkreis Schwandorf (ohne Schulen und Kommunalverwaltungen) seit dem Jahr 2003 abgebaut worden sind?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Nachdem das Bundeskinderschutzgesetz die Notwendigkeit der Partizipation und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder betont, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kinderbeauftragte und unabhängige Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe es in Bayern auf kommunaler Ebene gibt (bitte mit Standort) beziehungsweise welche Maßnahmen der Partizipations- und unabhängige Beschwerdemöglichkeiten für Kinder von der Staatsregierung gefördert werden?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die einzelnen Referate für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Staatsministerien (bitte für jedes Staatsministerium und Referat getrennt angeben), wie sind diese besoldet (bitte für jedes Staatsministerium und Referat getrennt angeben) und wurde die Stelle „Leiter der Stabstelle Kommunikation und Planung“ im Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, (Michael Backhaus) neu geschaffen?

Katharina Schulze
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass im November 2014 einer Frau mit Sehbehinderung im schwäbischen Neusäß der Zutritt zum örtlichen Schwimmbad verwehrt wurde, da sie das Bad ohne Begleitperson betreten wollte, frage ich die Staatsregierung, wie beurteilt sie im Hinblick auf die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft und der Zielsetzung, die Integration von Menschen mit Behinderung auch mit Mitteln des Sports weiter voranzutreiben (vgl. Schwerpunkte der bayerischen Politik für Menschen mit Behinderung), dass stark sehbehinderten Menschen ohne Begleitung der Besuch in kommunalen Schwimmbädern immer noch untersagt werden kann, obwohl dies der gültigen Gesetzeslage widerspricht, welche Nutzungsbedingungen in den Bäderbetrieben der bayerischen Staatsbäder diesbezüglich bestehen und welche Maßnahmen die Staatsregierung im Zuge von Bayern Barrierefrei 2023 ergreifen wird, um die Kommunen bei der bei Bereitstellung barrierefreier Sport- und Freizeitanlagen verstärkt zu unterstützen?

Stefan Schuster
(SPD)

Nachdem in der Antwort auf die Interpellation der SPD-Fraktion (Drs. 17/5084) auf den barrierefreien Tourismus in der Region „Fränkisches Seenland“ eingeht und in der gleichen Drucksache auch vermerkt ist, dass keiner der Bahnhöfe in der Region barrierefrei oder barrierearm ausgebaut ist und auch keine Planungen diesbezüglich existieren, frage ich die Staatsregierung, wie sie mit der Diskrepanz zwischen dem barrierefreien Ausbau einer Urlaubsregion auf der einen Seite und der fehlenden Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs vor Ort auf der anderen Seite künftig umgehen möchte?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ausbildungsberufe (dual und Fachschulen) gibt es in Bayern im Gast- und Nahrungsmittelgewerbe, wie gestaltet sich im Ausbildungsjahr 2014/2015 das Verhältnis zwischen Ausbildungsplätzen und Bewerberinnen und Bewerbern in den jeweiligen Berufen und was unternimmt die Staatsregierung, um dem Fachkräftemangel im Gast- und Nahrungsmittelgewerbe entgegenzuwirken?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem Pflegedienste beklagen, dass sie bei insulinpflichtigen Patientinnen und Patienten mit mehrmals täglichem Spritzschema nicht ausreichend Teststreifen finanziert bekommen (pro Quartal nur 100 Blutzuckerteststreifen, was eine Messung pro Tag bedeutet), frage ich die Staatsregierung, ob sie das im Hinblick auf die Gewährleistung einer ausreichenden Kontrolle des Blutzuckerwertes bei Patientinnen und Patienten mit Insulintherapie für ausreichend hält und inwieweit ihr in diesem Zusammenhang Probleme bei der Kostenübernahme von Behandlungspflege durch die Krankenkassen bekannt sind?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum freie Künstlerinnen und Künstler und Ensembles bzw. Gruppen, besonders aus den Sparten Musik und Theater, keine Mittel aus dem Kulturfonds Bayern erhalten, wenn sie in München und Nürnberg wohnhaft sind, und ob dies mit der Gesetzgebung des Freistaates Bayern, der Bundesrepublik und der EU angesichts des Diskriminierungsverbots hinsichtlich der Aspekte des Wohnsitzes und der Art der Kunstausübung vereinbar ist?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele berufsschulpflichtige Flüchtlinge sind derzeit in Niederbayern verzeichnet (bitte Standort angeben), für wie viele von ihnen ist ein Berufsschulplatz vorhanden (bitte Standort angeben) und wo ist die Schaffung weiterer Plätze in Niederbayern von der Staatsregierung geplant?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann erreicht werden, dass bei der derzeit laufenden Feinabstimmung hinsichtlich von FFH-Flächen (FFH = Fauna-Flora-Habitate) im Gemeindegebiet Jachenau (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) sowie in den weiteren Gemeinden des Landkreises und des Landkreises Garmisch-Partenkirchen verhindert wird, dass durch die Festlegung von entsprechenden FFH-Flächen Gebiete berührt werden, die für Infrastrukturprojekte (z.B. Radweg Jachenau-Lenggries) bzw. für mögliche Hochwasserschutzprojekte, Ausgleichsflächen, Wegebau und Wasserschutzgebiet als beplanbare Flächen auch künftig benötigt werden und eine FFH-Ausweisung für entsprechende Projekte in Zukunft nicht hinderlich ist?

Martin Stümpfig
(GRU)

Nachdem der Betreiber des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld letzte Woche bekannt gegeben hat, dass das Atomkraftwerk im Jahr 2014 an 257 Tagen die Stromproduktion gedrosselt hat, weil ausreichend Erneuerbare Energien im Markt waren, frage ich die Staatsregierung, an wie vielen Tagen des Jahres 2014 jeweils die Atomkraftwerke Gundremmingen B und C und Isar 2 aus denselben Gründen wie Grafenrheinfeld ihre Leistung gedrosselt haben?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ersatzschulen im Vollausbau es gibt, die Klassen oder Ausbildungsrichtungen in der Qualifikationsphase des Gymnasiums Jahrgangsstufen mit acht oder weniger Schülerinnen oder Schüler bilden (bitte aufschlüsseln nach Anzahl der Schulen je Regierungsbezirk, unterteilt nach Schulart, nach Art der Ersatzschule und aufgeschlüsselt nach

Anzahl der Klassen bzw. der Ausbildungsrichtung bezüglich der einzelnen Schule), wie viele Ersatzschulen in der Aufbauphase es gibt, die Klassen oder Ausbildungsrichtungen mit vier oder weniger Schülerinnen oder Schüler bilden (bitte aufschlüsseln nach Anzahl der Schulen je Regierungsbezirk, unterteilt nach Schulart, nach Art der Ersatzschule und aufgeschlüsselt nach Anzahl der Klassen bzw. der Ausbildungsrichtung bezüglich der einzelnen Schule) und wie viele staatliche Schulen es gibt, die Klassen oder Ausbildungsrichtungen, in der Qualifikationsphase des Gymnasiums Jahrgangsstufen mit acht oder weniger Schülerinnen oder Schüler bilden (bitte aufschlüsseln nach Anzahl der Schulen und unterteilt nach Schulart je Regierungsbezirk und nach Anzahl der Klassen bzw. Ausbildungsrichtung bezüglich der einzelnen Schule)?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Summe wird die Aktion „Bayern blüht“ des Bayerischen Gärtnerei-Verbandes e.V. vonseiten des Freistaates gefördert, trifft es zu, dass nur Verbandsmitglieder an dieser Werbekampagne teilnehmen dürfen und inwiefern ist es rechtens, dass der Freistaat Bayern mit Steuergeldern Aktionen von Verbänden bezuschusst, an denen nur Mitglieder teilnehmen dürfen?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr aktuell bezüglich der Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Stimmkreisen im Wahlkreis Oberpfalz vor und welche Auswirkungen zeichnen sich für die Landtagswahl 2018 ab?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob und inwieweit sie die Rechtsauffassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages teilt, wonach sich Stadt- und Gemeinderäte weder mit den derzeit diskutierten Handelsabkommen wie CETA, TTIP und TiSA befassen, noch entsprechende Entschlüsse zu diesem Thema verabschieden dürfen, weil es sich um sogenannte allgemeinpolitische Angelegenheiten handelt, und unter welchen Rahmenbedingungen die Staatsregierung die Möglichkeit sieht, dass sich Kommunalvertretungen dennoch hierzu äußern können, insbesondere wenn ein „spezifisch örtlicher Bezug“ – beispielsweise zu Inhalten des Abkommens, die den Bereich der vor Ort erbrachten öffentlichen Dienstleistungen betreffen können – in entsprechenden Entschlüssen nachgewiesen wird?